2018/17 Ausland

https://jungle.world/artikel/2018/17/bibi-sprengt-die-party

Gegen den israelischen Ministerpräsidenten wird wegen Korruption ermittelt

Bibi sprengt die Party

von **Stefan Vogt**

Gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und einige seiner Familienangehörigen wird in mehreren Fällen wegen Korruption ermittelt. Er versucht, die Regierungskoalition zu sprengen, um mit Neuwahlen davon abzulenken.

Als am Mittwoch vergangener Woche in Jerusalem die offiziellen Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels stattfanden, gab es zugleich einen Eklat, der außerhalb Israels kaum wahrgenommen wurde. Traditionell hält der Präsident der Knesset, des israelischen Parlaments, die Hauptansprache bei der Zeremonie, um die Feierlichkeiten der parteipolitischen Auseinandersetzung zu entziehen. Dieses Mal hielt Benjamin Netanyahu sie jedoch selbst, obwohl dem Ministerpräsidenten eigentlich nur die Rolle eines prominenten Gastes zugedacht ist.

Zuvor hatte es heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Parlamentspräsidenten Yuli-Yoel Edelstein und Netanyahu gegeben. Edelstein hatte sogar damit gedroht, die Veranstaltung zu boykottieren, sollte Netanyahu auf seinem Auftritt dort bestehen. Kurz vor dem Unabhängigkeitstag hatte man dann eine Einigung erzielt, wonach Netanyahu ein kurzes Grußwort sprechen sollte. Letztlich sprach der Ministerpräsident dann aber fast doppelt so lange wie Edelstein und eröffnete auch noch den Festakt, was Edelsteins Aufgabe gewesen wäre. Allerdings ging es Netanyahu dabei nicht darum, der politischen Opposition die Show zu stehlen – er und Edelstein gehören beide dem Likud an.

Tatsächlich ist es nicht die Opposition, die Netanyahu derzeit gefährlich werden könnte. Die zur Zionistischen Union erweiterte Arbeitspartei nähert sich weiter der Bedeutungslosigkeit – in Umfragen liegt sie nur noch bei etwa acht Prozent der Stimmen –, während die rechtsliberale Partei Yesh Atid, die stärkste Oppositionspartei, trotz erheblicher Zugewinne in den vergangenen Monaten gerade einmal 20 der 120 Parlamentssitze gewinnen würde. Deutlich ernster nehmen muss Netanyahu den wachsenden Überdruss seiner eigenen Parteifreunde angesichts seines autokratischen Führungsstils. Potentielle Konkurrenten innerhalb des Likud wurden von Netanyahu deshalb immer wieder kaltgestellt.

Die größte Gefahr für seine Zukunft als Ministerpräsident ist eine andere. Gegen Netanyahu wird seit Monaten in mehreren Korruptionsfällen ermittelt. Zuletzt hatten sich die Verdachtsmomente derart verdichtet, dass die ermittelnden Polizeibehörden empfohlen haben, Anklage gegen ihn zu erheben. Dass so etwas böse enden kann – nicht nur mit dem Verlust der Regierungsmacht,

sondern auch mit dem der Freiheit –, hat Netanyahus Vorgänger Ehud Olmert schmerzlich erfahren müssen. Wegen Bestechlichkeit war er 2015 letztinstanzlich zu 27 Monaten Haft verurteilt worden, von denen er 16 Monate absitzen musste. Dem gerade gegenüber Politikern erfrischend respektlosen Justizapparat Israels wäre seinerzeit vermutlich auch ein Helmut Kohl nicht so einfach entkommen.

In insgesamt vier Fällen wird Netanyahu Korruption vorgeworfen. Im sogenannten »Fall 1 000« geht es um Luxusgegenstände, darunter Champagner und Zigarren, im Wert von etwa einer Million Schekel (250 000 Euro), die Netanyahu und dessen Ehefrau Sara von dem Geschäftsmann Arnon Milchan bekommen haben sollen, wofür dieser steuerliche Vergünstigungen erhalten sollte. Der »Fall 2 000« betrifft Absprachen, die Netanyahu mit dem Herausgeber der Tageszeitung *Yediot Ahronoth*, Arnon Mozes, getroffen haben soll. Demnach wurde vereinbart, dass die kostenlose Zeitung Israel Hayom, die als Sprachrohr Netanyahus gilt und inzwischen *Yedioth Ahronoth* als auflagenstärkste Zeitung des Landes abgelöst hat, ihre Auflage deutlich verringert, während *Yedioth Ahronoth* im Gegenzug wohlwollend über Netanyahu berichten sollte.

Im »Fall 3 000« wird bisher nicht gegen Netanyahu selbst ermittelt, wohl aber gegen dessen Anwalt und Vetter David Shimron. Er soll dem israelischen Repräsentanten von Thyssen-Krupp, Michael Ganor, dabei geholfen haben, hohe Beamte des Verteidigungsministeriums zu bestechen, damit diese ein mehrere U-Boote und Kriegsschiffe umfassendes Angebot des deutschen Waffenproduzenten bevorzugen. Für Netanyahu geht es hier vor allem darum, was er über diese Bestechungen wusste und ob er in die Vergabe des Auftrags an Thyssen-Krupp involviert war. Der Fall ist besonders brisant, weil er auch Fragen der nationalen Sicherheit betrifft und Netanyahus vermeintliche Unangreifbarkeit auf diesem Gebiet in Frage stellt.

Der »Fall 4 000« schließlich beschäftigt sich ebenfalls mit dem Verhältnis Netanyahus zu den Medien. In seiner Funktion als Kommunikationsminister, die er von 2014 bis 2017 zusätzlich zum Amt des Ministerpräsidenten ausübte, soll er dem ehemals staatlichen Telekommunikationskonzern Bezeq und dessen heutigem Hauptaktionär Shaul Elovitch erhebliche Vorteile verschafft haben. Dazu soll eine bevorzugte Behandlung bei der Neustrukturierung des Telefonnetzes nach der Privatisierung und die Unterstützung beim Erwerb des Kabelfernsehanbieters Yes gehört haben. Als Gegenleistung soll Elovitch die Internetplattform von Bezeq, Walla, angewiesen haben, vorteilhaft über Netanyahu und dessen Frau Sara zu berichten.

Die Lage für Netanyahu in all diesen Fällen ist vor allem deshalb brenzlig, weil sich einige frühere Vertraute des Ministerpräsidenten inzwischen als Zeugen der Anklage zur Verfügung gestellt haben. Dazu gehören der ehemalige Stabschef des Ministerpräsidenten, Ari Harow, und der ehemalige Generaldirektor des Kommunikationsministeriums, Shlomo Filber, in den Fällen 1 000 und 2 000 sowie der ehemalige Medienberater Netanyahus, Nir Hefetz, im Fall 4 000. Michael Ganor hat im Fall 3 000 umfassende Aussagen gemacht. Die genauen Inhalte dieser Aussagen sind nicht bekannt, doch aufgrund der Nähe der Zeugen zu Netanyahu könnten sie äußerst heikel sein. Die Entscheidung, ob gegen Netanyahu tatsächlich Anklage erhoben wird, liegt nun bei Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit.

Im Netanyahu nicht wohlgesinnten Teil der israelischen Medien werden die Affären mit einer Mischung aus Entsetzen und Erstaunen kommentiert. Yossi Verter etwa konstatierte in der Tageszeitung Haaretz eine »Kombination aus Korruption, Herrschsucht und Erdoğan'scher Attitüde« beim Ministerpräsidenten. Die Amtsführung Netanyahus nehme inzwischen spätabsolutistische Züge an. Wichtige Positionen würden statt mit fähigen Politikern mit Lakaien besetzt, deren Hauptaufgabe es sei, jede Kritik an ihrem Chef abzuwenden. Netanyahu habe vor allem ein obsessives Bedürfnis entwickelt, die Medien zu kontrollieren. Es ist daher wohl auch kein Zufall, dass zwei der Korruptionsfälle genau damit zu tun haben.

Eine wichtige Rolle spielt bei alledem die Familie des Ministerpräsidenten. Seine Frau Sara ist selbst in Skandale verwickelt, bei denen es um Vorwürfe der Veruntreuung öffentlicher Gelder für private Zwecke und die miserable Behandlung des Personals in ihrer Residenz geht. Der älteste Sohn, Yair, wurde dabei erwischt, wie er sich mit Freunden in einem Regierungsfahrzeug zu verschiedenen Stripclubs fahren ließ. Inzwischen geht die Polizei auch dem Verdacht nach, dass einer Richterin der Posten der Generalstaatsanwältin angeboten wurde, wenn sie dafür die Untersuchungen gegen Sara Netanyahu einstellt.
Gleich zu Beginn seiner derzeitigen Amtszeit hatte Netanyahu in zwei wichtigen Ämtern, dem des Generalstaatsanwalts und dem des Leiters der israelischen Polizei, Personen seines Vertrauens platziert, wohl in der Hoffnung, sich und seine Familie vor Ermittlungen zu schützen. Doch mittlerweile hat sich Polizeichef Roni Alscheikh als unbestechlicher Ermittler erwiesen und Generalstaatsanwalt Mandelblit ist ebenfalls nicht bereit, die Vorwürfe einfach ad acta zu legen.

Aus diesem Grund greift der Ministerpräsident nun zu einer anderen Strategie: Es sind Neuwahlen im Gespräch. Während des Wahlkampfs, so das Kalkül, werde der Generalstaatsanwalt keine Entscheidung über eine Anklage gegen Netanyahu treffen, um sich nicht dem Vorwurf der Parteilichkeit auszusetzen. Nach dem zu erwartenden Wahlsieg für Netanyahus Likud werde er es sich schon gar nicht trauen. Da jedoch die meisten anderen Koalitionsparteien an Neuwahlen ganz und gar nicht interessiert ist, braucht es einen Anlass, die Koalition zu sprengen.

Der erste Versuch, ein Gesetz, das Yeshiva-Studenten wieder vom Militärdienst ausnehmen würde und für die säkulare Partei Yisrael Beitenu (Unser Zuhause Israel) inakzeptabel gewesen wäre, wurde gerade noch rechtzeitig entschärft. Der zweite Versuch könnte gelingen: Ein Gesetz soll eingebracht werden, das dem Obersten Gericht die Möglichkeit nimmt, verfassungswidrige Gesetze zu kassieren. Hier hat sich die Partei Kulanu (Wir alle) festgelegt, dass sie dem nicht zustimmen kann. Wann immer Netanyahu es für günstig hält, kann er das Gesetz nun einbringen und damit den Bruch der Koalition provozieren.

Vor diesem Hintergrund kann dessen Coup bei den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag als Wahlkampf verstanden werden. Netanyahu möchte den Eindruck vermitteln, dass mit seiner persönlichen Zukunft auch die Zukunft des Landes auf dem Spiel stehe. Dazu passt, dass die Hamas mit ihren militanten Protestaktionen in Gaza und der Iran, der sich in Syrien festsetzt, das Thema der Sicherheit wieder in den Mittelpunkt gerückt haben. In einem etwaigen Wahlkampf könnte dieses Thema alle anderen an den Rand drängen.

© Jungle World Verlags GmbH